Bauernproteste bremsen Klimapolitik aus

UMWELTSCHUTZ Finale Abstimmung über das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur überraschend abgesagt

VON GREGOR MAYNTZ,
BÜRO BERLIN

BRÜSSEL/BERLIN – Wenn Steffi Lemkes Miene an diesem Montag im Brüsseler Ratsgebäude den Zustand der EU-Klimapolitik illustriert, dann können vier Jahre engagierter Klimapolitik der Von-der-Leyen-Kommission getrost einpacken. „Mit Sorge erfüllt", ein „sehr schlechtes Signal" sind zentrale Satzbestandteile, mit der die deutsche Umweltministerin von den Grünen ihre Enttäuschung in Worte zu fassen versucht.

Eigentlich hatte Lemke am Montag mit ihren 26 Kolleginnen und Kollegen die Hand heben und dem zwischen Rat und Parlament ausgehandelten Kompromiss zum Naturwiederherstellungsgesetz den formal letzten Haken geben wollen. Doch die belgische Ratspräsidentschaft hat die Abstimmung über das zentrale Projekt der EU-Klimapolitik in letzter Minute von der Tagesordnung geholt. Sie wäre sonst gescheitert. Wie zuvor so vieles andere aus dem „Green Deal", dem ambitionierten klimagerechten Umbau der Europäischen Union.

Dabei ist das, was von der Natur-Restaurierung nach den zähen Kompromissrunden übrig geblieben ist, nur noch ein Schatten der ursprünglich geplanten Vorgaben. Es bleibt zwar dabei, dass bis zum Jahr 2030 bereits 30 Prozent der geschädigten Flächen in der EU repariert sein sollen, bis 2040 dann 60 und bis 2050 schließlich 90 Prozent. Auch die Wiedervernässung von Moorlandschaften steht noch drin. Doch es sind zahlreiche Schlupflöcher und Möglichkeiten zu flexiblen nationalen Regelungen hineingekommen, die die Erwartungen gesenkt haben, dass es mit der Belebung der Artenvielfalt so schnell vorangeht wie geplant.

Traktoren-Blockade vor einem Treffen der EU-Agrarminister Ende Februar in Brüssel. DPA-ARCHIVBILD: DOPPAGNE

Vom Piranha zum Goldfisch

Der damalige Vizepräsident der Kommission, der Niederländer Frans Timmermans, hatte zahlreiche Klimaprojekte mit der Brechstange gegen die Interessen der Agrarlobby durchzusetzen versucht. Doch die mobilisierte immer heftiger, und nach dem Wechsel des Sozialdemokraten zurück in die niederländische Politik wurde auf seinen Feldern in Brüssel regelrecht ausgekehrt. In den niederländischen Medien entstand ein drastischer Vergleich: Timmermans habe einen Piranha vorgeschlagen, aus dem nach den Verhandlungen ein Goldfisch geworden sei.

Bei den Verhandlungen mit dem Ministerrat lagen zwei deutsche Unterhändlerinnen intensiv im Wettbewerb. Für die Christdemokraten versuchte Christine Schneider die Möglichkeiten der Landwirte ins Gesetz zu schreiben, für die Grünen kümmerte sich Jutta Paulus um die Belange des Klimas. Heraus kam etwas, das als Kompromiss von allen akzeptiert wurde, auch von allen EU-Staaten. Die nochmalige Zustimmung durch die beiden zentralen Gesetzgeber sollte wie üblich ein formaler Akt sein.

Schon im Parlament aber regte sich starker Widerstand, der das Absegnen des Gesetzes mit 329:275-Stimmen letztlich jedoch nicht verhindern konnte. Im Rat sah es lange nach klaren Mehrheiten aus – bis Ungarn in der letzten Woche von Ja auf Nein schaltete. Weil auch die Niederlande, Italien, Schweden und Polen ein Nein signalisierten, Österreich, Finnland und Belgien sich enthalten wollten, drohte ein Scheitern – und die Ratspräsidentschaft nahm die Abstimmung von der Tagesordnung.

Zuvor war bereits die anspruchsvolle Pestizidverordnung der EU im Parlament gescheitert, musste Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sie auch formal zurückziehen. Zuletzt legten ihre Kommissare als Reaktion auf die Bauernproteste ein weiteres Vorschlagspaket auf den Tisch, um die Landwirte von längst bestehenden Vorgaben zu entlasten. So sollen diverse Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand als Voraussetzung für die Zahlung von Agrarmitteln abgesenkt, die Kontrolldichte halbiert und für alle Betriebe bis zu zehn Hektar auf Null gebracht werden. Die Vorgaben für brachliegende Flächen, für Fruchtfolgen und Bodenbedeckung sollen drastisch gelockert werden.

Sackgasse oder Neustart

Und dann die Natur-Wiederherstellung. „Aufgeben ist keine Option", lautet die Parole Lemkes. Gerade die Landwirtschaft sei von einer intakten Natur abhängig, betonte sie am Montag nochmals. Die Ratspräsidentschaft kündigte bei der Sitzung am Nachmittag an, in den nächsten Wochen einen neuen Vorstoß zu unternehmen, ohne Details zu nennen. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius reagierte skeptisch: „Wir haben uns in eine Sackgasse manövriert."

Die Vorbehalte gegen das Gesetz erklärt sich der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese mit zwei Umständen: Einerseits enthalte es nun sehr viele Flexibilitäten, die von den beiden von den Grünen geführten Bundesministerien für eine „drastische Verschärfung genutzt" werden könnten. Andererseits seien die Betroffenen durch den ursprünglichen Vorschlag immer noch sehr verunsichert. „Es wäre das Beste, die Kommission zieht den Text zurück, und wir versuchen nach der Wahl einen Neustart im Dialog mit Landwirten, Waldbesitzern und den Menschen im ländlichen Raum", schlug er vor.

DRUCK AUCH AUF LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTE AUS DER UKRAINE

Die Zollfreiheit für landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine sollte turnusgemäß verlängert und nur bei besonders großen Exportmengen gekappt werden.

Hinterfragen wollten das mehrere EU-Staaten, wie vor allem Polen und Frankreich, angesichts der massiven Bedenken ihrer eigenen Landwirte beim Treffen der Agrarminister an diesem Dienstag. Nun sollen sich zuvor die EU-Botschafter noch einmal damit befassen.

Irrational ist das aus Sicht anderer EU-Länder, wenn die Europäische Union einerseits viel Geld aufbringt, um die Ukraine zu unterstützen, ihr andererseits die Möglichkeit für eigene Einnahmen zu schmälern versucht.

Ein Signal wird darin für die anstehenden Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine gesehen, wenn die Gemeinsame Agrarpolitik der EU angesichts des großen Agrarproduzenten Ukraine vollkommen neu aufgestellt werden muss.